

Die Kurdenfrage

Franz Theodor Zölch

Eine Meldung aus Beirut vom 11. Februar 1964, wonach die irakische Regierung ein Abkommen mit den aufständischen Kurden geschlossen habe, richtet die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wiederum auf die Kurdenfrage, eine der heikelsten und, wie es manchmal scheinen will, am schwersten zu lösenden Fragen des Nahen Ostens. Nun ist es in diesem Teil der Welt und in diesem Jahrhundert der politischen Erdbeben zwar an sich nichts Außergewöhnliches, wenn in diesen Staaten Regierungen gestürzt und durch andere ersetzt werden. Aber mit den Machthabern pflegen auch die innen- und außenpolitischen Konzeptionen zu wechseln. Und wenn auch die neuen Herren in der Regel so wenig wie die gestürzten nach dem echten Willen ihrer Völker fragen, so haben sie doch schon aus taktischen Gründen alle Veranlassung, sich wenigstens bis zur Konsolidierung ihrer Machtgrundlagen das Wohlwollen möglichst aller Bevölkerungsteile zu sichern. Zu diesen Bevölkerungsteilen gehört jedoch in einigen dieser Staaten eine nicht zu unterschätzende kurdische Minderheit. In Syrien zum Beispiel ist man ohnehin besorgt, weil diese Minderheit in den letzten sechs Jahren infolge anscheinend gelenkter illegaler Zuwanderung aus der benachbarten Türkei einen Zuwachs von mindestens 50 000 Seelen erhielt¹, und im Irak, wo die Kurden fast ein Fünftel der gesamten Bevölkerung ausmachen, liegt der Staat in einer bereits seit Jahren andauernden, immer nur kurz unterbrochenen blutigen Fehde mit diesen seinen unbotmäßigen Untertanen, woran auch der Wechsel von Kassem zu Aref kaum etwas änderte.

Gürsel: „Es gibt keine Kurden!“

Worin besteht nun eigentlich dieses die Weltöffentlichkeit von Zeit zu Zeit immer wieder durch wilden kriegesischen Lärm aufschreckende Kurdenproblem? Am leichtesten machte sich die Türkei die Beantwortung dieser Frage, obgleich gerade sie die größte Zahl von Kurden in ihren Grenzen beherbergt. Im Oktober 1960 ließ sie durch den Mund General Gürsels kurzerhand erklären: „Es gibt kein Volk, das sich Kurden nennt! Alle seid ihr Türken!“² Wer sich trotzdem auch weiterhin noch als Kurde zu bekennen oder gar im Sinne kurdischer Autonomiebestrebungen politisch zu betätigen wagte, wurde einfach eingesperrt. Eine im Grunde nicht weniger simple Lösung glaubte wohl der irakische Revolutionsrat

¹ *Süddeutsche Zeitung* vom 4. 12. 1962.

² Zitiert nach: R.-N. *Die Kurden – ein Kampf für die Freiheit*. In: *Der Landbote*, Winterthur, vom 11. 10. 1961.

des Obersten Aref gefunden zu haben, als er sich am 10. März 1963 herbeiließ, „die Rechte des kurdischen Volkes im Rahmen der Dezentralisation der irakischen Verwaltung zu gewährleisten“³, wobei sich in der Begründung zu diesem ziemlich vagen und unverbindlichen Beschluß der bemerkenswerte Satz fand, Araber und Kurden seien immer Brüder gewesen⁴, eine Behauptung, die natürlich höchstens dichterischen Wert besitzt und nur mit der arabischen Vorliebe für eine überschwengliche und ausschmückende Ausdrucksweise zu erklären ist. Entspräche sie nämlich der Wahrheit, dann hätte es nie eine Kurdenfrage im Irak oder in Syrien zu geben brauchen.

Ein Volk mit ruhmreicher Geschichte

Die Kurden sind ein sehr altes Volk⁵, das schon im zweiten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung, vielleicht sogar schon etwas früher, von Norden her in Kleinasien eingedrungen war. Im Gegensatz zu den Arabern sind sie meist hochgewachsen und hellhäutig, nicht selten auch blond und blauäugig. Obwohl zumeist Mohammedaner, lassen sie ihre Frauen ohne Schleier gehen. Ihre Sprache ist der iranischen Gruppe der indoeuropäischen Sprachenfamilie zuzuordnen. Im Laufe der Jahrtausende war sie mannigfachen fremden Einflüssen ausgesetzt und weist insbesondere zahlreiche arabische und türkische Bestandteile auf. Lange Zeit beherrschten die Kurden das Land zwischen Euphrat und Tigris und lebten in gutem Einvernehmen mit den Persern. Von Kyros II., dem Großen, ist bekannt, daß seine besten Reiterformationen aus Kurden bestanden. Ein Kurde, Saladin, riß 1171 nach Chr. die Herrschaft über Ägypten an sich, besiegte 1187 bei Hittin die Kreuzritter, eroberte noch im gleichen Jahr Jerusalem und gründete die Dynastie der Ejubiden, die bis 1250 über Ägypten herrschte und ihm wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung brachte. Die Macht und das Glück der kurdischen Eroberer zerbrachen erst, als ein weiteres Volk aus dem Norden in Kleinasien einbrach, die Osmanen. Mit deren Hilfe entledigten sich nun auch die Perser ihrer kurdischen Herren, im Süden hatten sich die Araber von ihnen freigemacht. Die Kurden, unfähig, sich fremden Gebietern zu unterwerfen, zogen sich in ein wildes Bergland zurück, das heute unter der Bezeichnung Kurdistan bekannt ist und sich über weite Teile der heutigen Länder Irak, Syrien, Türkei und Iran und mit einem Ausläufer sogar bis in die Sowjetunion erstreckt. Wäre der Kern dieses Gebietes, in dem sie zumal nach verlorenen Aufständen Zuflucht zu suchen pflegen, nicht größtenteils unwegsam und felsig und wären die Kurden selbst nicht von einer geradezu sagenhaften Härte und Zähigkeit, dann hätten die Herren ihrer Gastländer sie vermutlich längst ausgerottet oder sie wären im arabischen, persischen

³ dpa-Meldung in: *Salzburger Nachrichten* vom 11. 3. 1963.

⁴ ebd.

⁵ Die nachfolgenden Daten sind zumeist dem Nachschlagewerk *Auszug aus der Geschichte* von Karl PLOETZ, Bielefeld 24/1951, zu entnehmen. — Vgl. auch den in Fußnote 2 zitierten Artikel aus der Tageszeitung *Der Landbote*.

oder türkischen Volkstum aufgegangen. So aber bilden sie nun schon seit Jahrhunderten ein ständiges Element der Unruhe und die Kette ihrer blutigen Aufstände ist ohne Ende.

Ungewiß ist ihre wirkliche Zahl, zum Teil auch deshalb, weil viele von ihnen als Hirten und Jäger nomadisierend mit ihren schwarzen Ziegenhaarzelten umherschweifen und praktisch gar nicht zu erfassen sind, schon weil sie sich bewußt jedem Zugriff irgendwelcher Behörden mißtrauisch entziehen, während nur ein Teil sesshaft ist und in viereckigen, niedrigen Steinhütten mit Wein- und Getreidebau ein kümmerliches Leben fristet. Die Angaben über die Gesamtzahl der Kurden schwanken zwischen 2,5 und 15 Millionen, wobei die Kurden selbst ihre Zahl gern unwahrscheinlich hoch ansetzen, während ihre Gegner sie möglichst niedrig erscheinen lassen wollen. Vermutlich liegt sie in Wirklichkeit, soweit es sich um außerhalb der Sowjetunion wohnende Kurden handelt, bei 8,2 Millionen, von denen 3 Millionen in der Türkei wohnen, 2 Millionen im Irak, 2,9 Millionen im Iran und 300 000 in Syrien. Die Zahl der in der Sowjetunion lebenden Kurden dürfte mit 90 000 kaum zu hoch veranschlagt sein. Sie verteilen sich vermutlich ungefähr nach folgendem Schlüssel: 50 000 auf Sowjet-Aserbeidschan, 23 000 auf Armenien und die restlichen auf Georgien und Turkmenistan. Alle diese Zahlen, auch die der Sowjetkurden, beruhen jedoch auf reichlich unsicheren Schätzungen, weil sogar die sogenannten amtlichen Angaben der einzelnen Länder, einschließlich der Sowjetunion, einander widersprechen und häufig wenig glaubhaft und viel eher aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen bald nach oben, bald nach unten frisiert erscheinen⁶.

Die Sowjets und die Kurdenfrage

Wenn von der Kurdenfrage gesprochen wird, ist man zunächst versucht, die in der Sowjetunion lebenden Kurden auszuklammern, weil bei ihnen scheinbar alle Probleme gelöst sind. Tatsächlich brachten die Sowjets dem Kurdenproblem lange Zeit hindurch keinerlei Interesse entgegen. Sie kümmerten sich entweder überhaupt nicht um die Kurden oder wo sie es dennoch taten, da geschah dies ganz eindeutig in der Absicht, diese wie schon zahllose andere nichtrussische Minderheiten im weiten russischen Reich zu russifizieren. In Armenien wurden die Kurden sogar ausdrücklich als Bürger zweiter Klasse behandelt: man hielt sie von allen politi-

⁶ So nimmt z. B. Walter THEIMER (*Lexikon der Politik*, 1955) eine Gesamtzahl der Kurden von 2,5 Millionen an, wovon seiner Meinung nach 1,6 Millionen in der Türkei, 600 000 in Persien, 250 000 im Irak und 50 000 in Sowjet-Aserbeidschan leben. Wolfgang BRETHOLZ hingegen (*Aufstand der Araber*, München 1960) schätzt die türkischen Kurden auf 1,5 Millionen, die iranischen und die irakischen auf je 1 Million, die syrischen auf 200 000 und die Sowjetkurden auf 60 000 – 100 000. Die Gesamtzahl aller Kurden schätzt Bretholz auf „wohl nicht mehr als 3–4 Millionen“. Nach Walter KOLARZ (*Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion*, Frankfurt 1956) gab die Türkei 1945 die Zahl der dort lebenden Kurden offiziell mit 1,9 Millionen an, während K. sich aus „kurdenfreundlichen Quellen“ die Zahl von 4 Millionen nennen läßt. Für die Sowjetkurden nennt K. die Gesamtzahl von 80 000, von denen 40 000 in Aserbeidschan, 23 000 in Armenien und 17 000 in Georgien und Turkmenistan leben sollen. Beträchtlich höhere Zahlen, nämlich bis zu 15 Millionen insgesamt, geben die Kurden selbst an, wie verschiedene Reiseberichte von Journalisten (z. B. in einigen Januar-Heften der deutschen Illustrierten *Stern*) erkennen lassen.

schen oder verwaltungsmäßigen Arbeiten fern, verweigerte ihnen den Besuch höherer Schulen und als Arbeitern alle Aufstiegsmöglichkeiten. Allerdings nahm man sie auch, soweit es sich dabei um Bauern handelte, von der Zwangskollektivierung aus, da man sie als Menschen niederen Ranges solchen „Fortschritts“ offenbar nicht für würdig befand⁷.

Als jedoch während des zweiten Weltkrieges die Kurdenfrage im nichtrussischen Nahen Osten wieder einmal aufflammte, begann sie aus zwei Anlässen plötzlich auch für die Sowjets interessant zu werden. Einmal nämlich kam Moskau der Verdacht, der gemeinsame Ärger, den die Türkei, der Irak, Iran und Syrien immer wieder mit den Kurden hatten, könnte diese vier Länder schließlich zu gemeinsamen Beratungen und Aktionen anregen und sie auf diese Weise auch sonst einander politisch näherbringen. Gerade dies aber wünschte die Sowjetunion nicht. Im Gegenteil, sie sah in der Kurdenfrage sogar eine willkommene Gelegenheit, unter oder zumindest in diesen vier Staaten weiterhin Unruhe zu stiften. Den zweiten Anlaß bot die unmittelbare Berührung der Sowjets mit dem persischen Kurdenproblem. In den Jahren von 1941 bis 1946 hielt die Rote Armee einen Teil Persiens besetzt, der einen besonders hohen Prozentsatz kurdischer Bewohner aufweist. Diese persischen Kurden wurden nun von den Sowjets systematisch mit kommunistischer Propaganda bearbeitet. Nun entdeckte Moskau mit einem Mal auch seine eigenen Kurden und begann sie zu hofieren. Die ganze Sowjetpropaganda, die sich in der Folgezeit über die persischen Kurden ergoß, wurde von Moskau geschickt über die Sowjetkurden geleitet, so daß der Eindruck entstehen mußte, als sprächen dabei Kurden zu Kurden. Propagandabroschüren in kurdischer Sprache überschwemmten, aus der Sowjetunion kommend, nicht nur Persien, sondern auch alle anderen Staaten, in denen Kurden lebten, bis hinunter nach Ägypten.

1946: Neun Monate Kurden-Republik

Ehe die Sowjets 1946 Persien wieder verließen, gründeten sie rasch noch einen „Kurdisch-sowjetischen Kulturbund“ und eine „Demokratische Partei Kurdistans“. Am 15. Dezember 1945 errichteten sie auf persischem Boden eine „Kurdische Volksrepublik Mahabad“, mit Ghazi Mohammed als Ministerpräsidenten⁸. Sie existierte zwar nur etwa neun Monate, aber in der gesamten sowjetischen Kurden-Propaganda spielte sie fortan noch viele Jahre hindurch eine große Rolle. Mit dieser kurzlebigen Staatsgründung hatten die Sowjets bei allen Kurden einen Stein im Brett gewonnen, obwohl die Kurdische Volksrepublik keineswegs etwa ein Sowjet-, sondern ein rein kurdischer Nationalstaat war, der, wenigstens fürs erste, gar nicht daran dachte, sich von den Sowjets in ein ideologisches oder sonsti-

⁷ Walter KOLARZ a.a.O. 295 ff.

⁸ Vgl. dazu die Darstellungen von Walter KOLARZ und von Wolfgang BRETHOLZ a.a.O.

ges Schlepptau nehmen zu lassen. Daß die Perser die fremde Republik auf ihrem Boden nach dem Abzug der Sowjetbesatzung nicht nur schleunigst wieder liquidierten, sondern obendrein auch noch Ghazi Mohammed und einige andere führende kurdische Persönlichkeiten im März 1947 hängten, war zweifellos ein Fehler Teherans. Es verbitterte die Kurden nur noch mehr. Die Sowjets erwiesen sich in dieser Angelegenheit als weitblickender. Sie begannen in Sowjettranskaukasien, wohin auch zahlreiche iranische Kurden geflohen waren, die Entwicklung einer – allerdings etwas künstlichen – kurdischen Kultur und Literatur zu fördern, Kurden wurden plötzlich auch in höhere Ämter zugelassen, die Schikanen hörten auf, und 1946 zog sogar ein Kurde als Abgeordneter in den Obersten Sowjet ein.

Natürlich zielte Moskau mit seiner Politik vor allem auf jene Kurden, die in nichtsowjetischen Ländern lebten, also im Irak, in Iran, Syrien und der Türkei. Diese Kurden für den Kommunismus zu gewinnen und sie dann als Fünfte Kolonne bei der kommunistischen Unterwanderung des Nahen Ostens und seiner nationalistischen Bewegungen einzusetzen, ist auch heute noch der leitende Hintergrundgedanke der Moskauer Kurdenpolitik.

Unmittelbarer Schauplatz des Kampfes der Kurden um ihre Ziele, die ihre und ihrer Wohngebiete Loslösung aus den derzeitigen Gastländern sowie die Errichtung eines unabhängigen Kurdenstaates zum Inhalt haben, ist ja schließlich nicht die Sowjetunion, sondern es sind die genannten vier Länder mit ihren starken kurdischen Minderheiten. In Iran und in Syrien herrscht seit längerem so etwas wie ein Waffenstillstand, von dem sich indes nicht sagen läßt, bis zu welcher Stunde er anhalten wird, obwohl insbesondere die iranische Regierung den kurdischen Autonomiewünschen wenigstens auf kulturellem Gebiet entgegenkam und nicht nur kurdischen Unterricht in der Schule und kurdische Rundfunkprogramme – vom Sender Sanandschar ausgestrahlt – zuließ, sondern auch Kurden in die zivile Verwaltung aufnahm. Teheran ist also bestrebt, über die Angelegenheit mit der „Kurdischen Volksrepublik“ den Mantel der Vergessenheit zu breiten und erwartet von den Kurden ein Gleiches, obgleich diese sehr wohl wissen, daß sich die Regierung zu dieser friedlichen Haltung wohl nur deswegen entschlossen hat, da ohnehin überall im Lande Unruhen glimmen und ihr daher daran gelegen ist, nicht auch noch die Kurden gegen sich aufzubringen. Schwerer als die iranischen haben es die türkischen Kurden. Nach dem ersten Weltkrieg hatten sie zunächst einige Hoffnungen geschöpft, als der Völkerbund und die britische Regierung Anstalten machten, sich ihrer anzunehmen. Im Friedensvertrag von Sèvres, den die Entente 1920 der Türkei vorlegte, hatten ursprünglich drei Artikel (62–64) die Gründung eines einheitlichen Staates Kurdistan verlangt – Grund genug für die Türken, den Vertragsentwurf abzulehnen⁹. Als dann zwei Jahre später in Lausanne doch noch ein Friedensvertrag zustande kam, war von einem Staat Kurdistan nicht mehr die

⁹ Vgl. dazu auch M. Y. BEN-GAVRIEL, *Der Ruf nach dem Staat Kurdistan*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2./3. 5. 1959.

Rede. Inzwischen hatte Kemal Pascha, der spätere „Atatürk“, die Macht übernommen und die Türkei aus dem Größten herausgeführt. Und nun setzte eine wahre Kurdenverfolgung ein. Der Gebrauch der kurdischen Sprache wurde verboten, die Schulen der Kurden geschlossen, ihre politischen Führer hingerichtet und ihre Intellektuellen aufs Land oder in die Berge verbannt. Zwei blutige Aufstände, 1925 und 1927, brachen zusammen. Auch heute haben sich die Verhältnisse noch nicht wesentlich gebessert, wie der eingangs zitierte Ausspruch General Gürsels beweist. Die Türkei erklärte den von Kurden bewohnten Teil ihres Landes kurzerhand zur Militärzone, zu der sie jedermann den Zutritt verweigerte. Ihre Kurden aber bezeichnete sie hinfort als „Bergtürken“ – eine sehr einfache Lösung des Kurdenproblems, wie es den Verantwortlichen offenbar schien. Aus der Welt geschafft war es damit natürlich keineswegs, wie Nachrichten bezeugen, denen zufolge im Sommer 1963 wieder einmal eine kurdische Untergrundbewegung aufgedeckt wurde, deren Verbindungen bis nach Bulgarien, in die Bundesrepublik Deutschland und sogar bis in die Vereinigten Staaten reichten¹⁰.

Mustafa Barazani

Im Vordergrund des kurdischen Kampfes stehen seit einigen Jahren die irakischen Kurden. Ihr größter und angesehenster Stamm, die Barazani, hat in seinem bedeutendsten lebenden Scheich, dem Mullah (Vorbeter) Mustafa¹¹, der sich nach seinem Stamm selbst Barazani nennt, zugleich den anerkannten politischen Führer aller irakischen Kurden hervorgebracht. Dieser hatte während des zweiten Weltkrieges im Gebiet seines Stammes auf eigene Faust eine autonome kurdische Verwaltung eingesetzt. Die Regierung schickte daraufhin ein paar Strafexpeditionen in dieses Gebiet, die jedoch unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten, so daß Bagdad schließlich höchst widerwillig den neuen Zustand anerkannte. Erst im Herbst 1945 gelang es, mit einer neuen, mit besonderer Grausamkeit geführten Strafexpedition die unerwünschte Kurden-Verwaltung wieder zu beseitigen. Barazani floh nach Persien, wo er in der soeben gegründeten Kurdischen Volksrepublik Verteidigungsminister wurde und eine kurdische Nationalarmee von 30 000 Mann auf die Beine stellte. Uniformen und Waffen lieferten die Sowjets. Als jedoch nach dem Abzug der Sowjettruppen die Kurdenrepublik zusammenbrach, gelang es Barazani, mit einigen tausend Mann seiner Armee zuerst nach dem Irak zu flüchten, um sich dann im Sommer 1947 wieder zurück nach Iran und in die benachbarte Sowjetunion durchzuschlagen. In seiner irakischen Heimat lösten in der Folgezeit Aufstände und blutige Strafgerichte einander ab. Barazani selbst wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt, viele Unterführer seines Stammes hingerichtet.

¹⁰ AFP-Meldung im *Bieler Tagblatt* Nr. 189 vom 15. 8. 1963.

¹¹ Zum folgenden vgl. auch die Darstellungen von W. BRETHOLZ a.a.O. sowie von R. N. (siehe Fußnote 2).

Es gibt von Mustafa Barazani Fotos, die ihn in der Uniform eines sowjetischen Generals zeigen. Er selbst bestreitet jedoch heftigst, diesen Rang jemals bekleidet zu haben, und datiert die Bilder zurück in die Zeit, da er als Oberbefehlshaber der Nationalarmee der Kurdischen Volksrepublik diese von den Sowjets gelieferte Uniform getragen hatte. Wie dem auch sei, jedenfalls absolvierte er in seinem sowjetischen Exil einige Militärschulen, und es dürfte ihm schwerlich gelungen sein, sich der intensiven politischen Schulung gänzlich zu entziehen. Einige Jahre hindurch setzten ihn die Sowjets regelmäßig in Propagandasendungen ein, die der nahe der armenisch-türkischen Grenze gelegene Sender Erivan in kurdischer Sprache nach den türkischen, persischen und arabischen Kurden-Wohngebieten ausstrahlte. Von 1953 oder 1954 an hielt er sich in Prag auf, das inzwischen zu einem Sammelpunkt aktiver politischer Emigranten aus den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geworden war. Die Kommunisten gewährten diese Gastfreundschaft freilich nicht ganz ohne Gegenleistung. In Prag wurden die Emigranten in der Regel in Lehrgängen zusammengefaßt, in denen sie auf ihre spätere Tätigkeit als rote Agenten und Vorkämpfer des kommunistischen Umsturzes in ihren Heimatländern vorbereitet wurden. Natürlich erwartete man auch von den Kurden, daß sie sich nicht für eine beliebige politische Richtung, sondern für den Kommunismus einsetzen würden, sobald sie in ihre Heimat zurückgekehrt waren. Dieser Zeitpunkt trat für Barazani und die anderen kurdischen Emigranten jedoch erst nach der Ermordung König Faisals im Juli 1958 ein. Die Rückkehr in den Irak erfolgte auf ausdrückliche Einladung General Kassems. Die neue Regierung stellte Barazani die Villa des soeben ermordeten Ministerpräsidenten Nuri es Said zur Verfügung, die nun zum Hauptquartier der „Kurdischen Demokratischen Partei“ wurde, bis neue blutige Zerwürfnisse, diesmal zwischen Kassem und den Kurden, ihn wieder nach Norden in die heimatlichen Berge und die Kurdenstämme wieder in den Aufstand trieben.

Die offensichtlichen Schwierigkeiten des Kurdenproblems liegen vor allem darin, daß die auf vier verschiedene Länder verteilten Kurden – die Sowjetkurden zählen dabei nicht mit – nicht länger die Rolle einer Minderheit in fremden Staaten spielen, sondern in einem eigenen souveränen kurdischen Staat leben wollen, der aus den zusammenhängenden kurdischen Wohngebieten des Iraks, Syriens, Irans und der Türkei gebildet werden soll. Da aber andererseits keiner dieser Staaten bereit ist, den von den Kurden beanspruchten Teil seines Territoriums abzutreten und damit zu einem neuen Staat Kurdistan einen Boden-Anteil beizusteuern, sondern jeder der vier dies lieber den drei anderen überlassen und seine eigenen Kurden entweder assimilieren oder in den Nachbarstaat abschieben möchte, ist ein Ende der Unruhen vorerst nicht abzusehen. Als einer der Hauptgründe aber, weshalb speziell Bagdad sich mit dem Gedanken einer kurdischen Gebietsautonomie oder gar noch weitergehender Zugeständnisse an die Kurden nicht befreunden kann, darf wohl die Tatsache angesehen werden, daß gerade die reichsten iraki-

schen Ölquellen ausgerechnet in den kurdischen Gebieten liegen, so daß im Falle einer Autonomie das Öl von den Kurden als Mittel der politischen Erpressungen Bagdad gegenüber mißbraucht werden könnte¹².

Zwei Pläne

Auch nach Kassems Ermordung dauerte der Waffenstillstand zwischen den neuen Machthabern des Iraks und den Kurden nur kurze Zeit. In den ersten Wochen nach seinem Machtantritt überschlug sich Aref geradezu in Angeboten und Versprechungen. Es war nicht nur von Autonomie die Rede, sondern auch von Selbstbestimmung und anderen schönen Dingen. Beide Seiten aber zogen die Verhandlungen hin und bald stand Plan gegen Plan. Bagdad erbot sich, den Kurden eine „dezentralisierte Autonomie“ zu gewähren. Man würde das ganze Land in sechs Gebiete („Mukfizate“) einteilen, von denen drei, nämlich Mossul, Kirkuk und Suleimanye, also im wesentlichen die von Kurden bewohnten Gebiete, weitgehende Befugnisse im Erziehungswesen, in kommunalen Fragen, im Wohnungsbau, im Verkehrswesen, in der Landwirtschaft usw. erhalten sollten. Als Hauptsprache im Schulunterricht sollte wenigstens im Mukfizat Suleimanye Kurdisch eingeführt werden. Den Kurden genügte dies jedoch nicht. Ihr Plan sah die Schaffung eines autonomen Staates Kurdistan vor, zu dem Suleimanye, Erbil, Kirkuk sowie Teile von Mossul und Diyala gehören sollten. Weitere Forderungen betrafen einen von den Kurden zu stellenden Vizepräsidenten für den Gesamtstaat Irak, eine der Bevölkerungszahl prozentual entsprechende kurdische Beteiligung an der irakischen Regierung und ein eigenes kurdisches Budget. Im übrigen sollten Kurden in der irakischen Armee zwar Dienst tun, jedoch nur in kurdischen Garnisonen, unter kurdischen Offizieren und unter der Voraussetzung, daß die irakische Armee Bestandteil einer vereinigten arabischen Armee würde¹³.

Mit dieser letzten Bedingung spielten die Kurden die ägyptische Karte aus, wovon sie sich offenbar eine Unterstützung ihrer Pläne durch Nasser erhofften, mit dem sie bereits verschiedentlich Verhandlungen geführt hatten¹⁴. In die gleiche Richtung zielte wohl auch ihre offene Gegnerschaft gegen die Baath-Partei, die in ihren Augen faschistisch ist. Vielleicht waren es diese beiden Punkte, die Bagdads Geduld Anfang Juni 1963 zum Zerreißen brachten. Die Regierung stellte den Kurden ein Ultimatum, in dem sie aufgefordert wurden, binnen 24 Stunden die Waffen niederzulegen, auf den Kopf Barazanis wurde eine Belohnung von 100 000 Dinar ausgesetzt und alsbald waren die Kämpfe wieder in vollem Gang¹⁵.

Praktisch waren die beiden Verhandlungspartner einander bereits ziemlich nahegekommen, ehe Bagdads Ultimatum wieder die ersten Schüsse auslöste.

¹² Vgl. auch Horst BRÜNIC, *Aufstand der Kurden*. In: *Die Politische Meinung*, Bonn, Heft 89, November 1963, 79–84. ¹³ Reuter-Meldung in: *Basler Nachrichten* Nr. 242 vom 12. 6. 1963.

¹⁴ Siehe z. B. auch die dpa-Meldung *Kurden sprechen mit Nasser*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20. 5. 1963.

¹⁵ Vgl. Fußnote 3.

Bald nach dem Wiederbeginn der Kämpfe im Sommer 1963 hatte Barazani erklärt: „Wir werden den Kampf fortsetzen, bis die irakische Regierung ihre wirtschaftliche und militärische Blockade aufhebt und unsere Forderungen gutheißt. Wir glauben immer noch daran, daß unser Volk friedlich innerhalb der irakischen Republik, ja sogar im Schoße eines arabischen Bundesstaates leben kann.“¹⁶ Die gegenwärtige Stärke der Streitkräfte Barazanis wird auf etwa 7000 Mann regulärer Truppen sowie etwa 12 000 bis 14 000 Mann geschätzt, die von den einzelnen Stämmen mobilisiert und Barazani zugeführt wurden¹⁷. In Wirklichkeit kann er sich jedoch noch auf eine weitaus größere Zahl kurdischer Männer und zum Teil auch Frauen stützen, die bewaffnet und jederzeit bereit sind, seinem Ruf zu folgen. Den zweifellos schwerwiegendsten militärischen Vorteil gegenüber den Truppen Bagdads bietet ihm jedoch das bergige Gelände, in dem sich die irakischen Truppen verzetteln, Schein-Siege erringen und aus dem sie sich am Ende jedesmal erfolglos wieder zurückziehen müssen. Diese Einsicht gebär auch die augenblickliche Taktik Bagdads, die darin besteht, die Kurden durch Hunger auszurotten. Man zerstört ihre Dörfer und Städte, man verjagt sie, wenn sie sich irgendwo wieder niederlassen wollen, und man verhindert jeden Wiederaufbau mit allen erdenklichen Mitteln¹⁸.

Inzwischen haben die Kurden nach einer AFP-Meldung vom 1. September 1963 einen unabhängigen Kurdenstaat ausgerufen, in dessen Nationalrat Vertreter der Kurden des Iraks, des Irans, der Türkei und der Exilgruppen in Europa, Amerika und Asien vertreten sind. Provisorischer Staatschef wurde Barazani, dem ein Kabinett von 15 Mitgliedern zur Seite gestellt wurde. Der Nationalrat ernannte 10 Reisebotschafter. Die Kurden erklärten allerdings, falls die irakische Regierung ihre Haltung den Kurden gegenüber änderte und eine friedliche Lösung des Konflikts ermögliche, werde die Proklamierung einer unabhängigen Kurdenrepublik hinfällig, da man nur die Autonomie auf Grundlage der Gleichberechtigung mit den Arabern innerhalb des irakischen Staates anstrebe. Sollte sich die eingangs erwähnte Meldung vom 11. Februar 1964 bestätigen, dann wäre damit die Kurdenfrage möglicherweise einer Lösung nähergerückt.

Die Kurden und der Kommunismus

Es läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob die sowjetische Kurdenpropaganda inzwischen weiterwirkende Früchte getragen hat, ob also einzelne Kurden-

¹⁶ Zitiert nach Ernst ASTAR-STERNBERG, *Moskaus Hand in Kurdistan*, in: *Deutsche Tagespost*, Würzburg, vom 28. 6. 1963.

¹⁷ Vgl. auch den Bericht *Bagdads Feldzug gegen die Kurden*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. 6. 1963, und den Bericht *Gibt der Kampf der Kurden zu Ende?* in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 173 vom 20. 7. 1963. vom 15. 6. 1963 (*Iraker löschen mit Panzern Kurdendörfer aus*) und: *Der Volksbote*, Innsbruck, vom 22. 6. 1963

¹⁸ Vgl. u. a. auch den in Fußnote 18 erwähnten Bericht der *Süddeutschen Zeitung*, ferner: *Salzburger Nachrichten* (*Irak will Kurden ausrotten*), sowie den Bericht *Mohammedaner auf dem Kampfplatz*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 26. 10. 1963, demzufolge übrigens auch syrische Truppen am Kampf gegen die Kurden teilgenommen haben sollen.

stämme und ihre Führer und ob insbesondere Mustafa Barazani selbst heute dem Kommunismus innerlich und aus Überzeugung zugetan sind oder ob sie die Kommunisten im allgemeinen und die Sowjets im besonderen lediglich als zeitweilige Bundesgenossen betrachten, ohne sich mit deren Ideologie zu identifizieren oder sonst deren politische Ziele und Ansichten zu den ihren zu machen. Der Umstand, daß die Kurden im allgemeinen gläubige Anhänger des Islams sind, läßt allerdings einen größeren Umfang einer kommunistischen Infektion wenig glaubhaft erscheinen¹⁹. Daß sie in ihrer Lage Freunde nahmen, wo sich solche gerade boten, ist schließlich verständlich, um so mehr, als sich außer den Kommunisten ohnehin seit langem niemand mehr für kurdische Belange die Finger verbrennen wollte²⁰. Indes kommt den Kommunisten möglicherweise von anderer Seite her Unterstützung.

Im Juli 1963, als die Kämpfe wieder erbittert tobten, setzte sich zunächst die Mongolische Volksrepublik mit einer Petition an die Vereinten Nationen für die Kurden ein. Wenig später intervenierte der sowjetische Außenminister Gromyko in Bagdad zugunsten der Kurden. Gleichzeitig begann in der Sowjetpresse wie auch im Rundfunk des Ostblocks eine offensichtlich gesteuerte Kampagne gegen die „Mörder des kurdischen Volkes“²¹. Daß man zu Kassems Zeiten Waffen nach Bagdad geliefert hatte, mit denen irakische Truppen kurdische Dörfer dem Erdboden gleichmachten, wurde dabei natürlich schamhaft verschwiegen. Man nahm nun lange Zeit an, daß in jenen Wochen und Monaten der Ostblock-Interventionen auch Waffen aus dem Ostblock an die Kurden geliefert wurden. Tatsächlich erbeuteten irakische Regierungstruppen Waffen tschechischer Herkunft. Indes bestreiten die Kurden entschieden, aus kommunistischen Ländern Waffen erhalten zu haben und behaupten, die erwähnten tschechischen Waffen vorher den Soldaten Kassems abgenommen zu haben. Tatsächlich hatten seinerzeit sowohl die Tschechoslowakei wie auch die Sowjetunion Waffen an Kassem geliefert. Die Kurden haben dies den Sowjets nicht vergessen, so wenig wie die sowjetischen Flugzeuge, mit denen Bagdad ihre Städte und Dörfer bombardiert hatte²². Jedoch wird man auch überlegen müssen, was der kurdische Oberst Jalal Talabani, der im Auftrag Barazanis westliche Hauptstädte bereist, um dort Verständnis für die kurdische Frage zu wecken, auf einer Pressekonferenz erklärte: „Die Politik Barazanis ist kurdisch, nicht kommunistisch. Da das kurdische Volk jedoch um seine nackte Existenz kämpft, würde es sogar vom Teufel Hilfe annehmen.“²³

Mit dem „Teufel“ ist natürlich Moskau gemeint, dessen Einmischungspolitik in

¹⁹ Vgl. dazu auch Fußnote 16.

²⁰ Eine rühmliche Ausnahme bildet das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das sich auf ein Ersuchen Barazanis hin wenigstens bereit erklärte, „Beobachter in das kurdische Aufstandsgebiet zu entsenden, wenn die irakische Regierung eine entsprechende Einladung ergehen läßt“. (AP-Meldung in: *Süddeutsche Zeitung* vom 7. 9. 1963.)

²¹ Vgl. auch Horst BRÜNIG a.a.O. Ferner: AP-Meldung *Moskau*: „Völkermord im Irak“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. 7. 1963 und den Kommentar *Kreml will über Kurden sein Gesicht wahren*, in: *Salzburger Nachrichten* vom 12. 7. 1963.

²² Vgl. den Bericht *Schlechte Tage für die arabischen Kommunisten*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. 3. 1963.

²³ Vgl. Horst BRÜNIG a.a.O. 82.

dieser Frage jedoch weder selbstlos noch eindeutig ist. Vielmehr ist es ganz offensichtlich, daß sie sich ganz der Konstellation des jeweiligen Augenblicks entsprechend verhält, und auch die Kurden haben im Laufe der Jahre sehr genau beobachtet, wie sich die Taktik des Kremls bald für, bald gegen sie richtet. Das vermochte sie bisher weder zu Kommunisten noch zu Antikommunisten zu machen, wenn man „die Kurden“ als Ganzes nimmt. Aber schon droht innerhalb der Gesamtbewegung eine Spaltung zwischen Barazani und seinen gewiß sehr zahlreichen, wenn nicht vermutlich sogar in der großen Überzahl befindlichen Anhänger einerseits und der Kurdischen Demokratischen Partei andererseits, deren teilweise stark kommunistisch unterwanderter und in entscheidenden Fragen nach Moskau orientierter Funktionärsapparat Barazani allerlei Sorgen bereitet. Man wird das verstehen, wenn man weiß, daß es keine eigene kurdische Kommunistische Partei gibt und nie eine solche gab, wohl aber Kurden, die Kommunisten sind. Diese kommunistischen Kurden pflegten bisher mangels einer eigenen Partei der Kurdischen Demokratischen Partei als Mitglieder beizutreten, was ihnen wahrscheinlich von Moskau „empfohlen“ wurde. Wie stark dieser kommunistische Kern der Kurdenpartei zahlenmäßig ist, kann niemand sagen²⁴. Aber es scheint so, als fühlten sich diese Kommunisten in letzter Zeit stark genug, um politisch innerhalb der Partei mehr und mehr aktiv zu werden, wobei es außer Zweifel steht, daß ihre Aktionen von außen gelenkt werden. Es wäre dies ja nicht der erste Fall, in dem eine zunächst von Grund auf demokratische Partei eines um seine Freiheit oder Unabhängigkeit kämpfenden kleinen Volkes nach und nach systematisch mit kommunistischen Elementen durchsetzt und schließlich durch einen Parteistreich auch äußerlich zu einer rein kommunistischen Partei wurde.

Gleichgültiger Westen

Angeichts dieser Umstände ist es geradezu erschreckend, wie tatenlos und gleichgültig der Westen der Entwicklung in der Kurdenfrage zusieht und wie wenig Interesse die westliche Öffentlichkeit diesem Problem und den damit zusammenhängenden Vorgängen entgegenbringt. Es zeigt von einer bedenklichen politischen Instinktlosigkeit, wenn der Westen bisher auch vor dem Forum der Vereinten Nationen in dieser Angelegenheit nahezu alle Schritte der Sowjetunion oder anderen, von Moskau vorgeschobenen kommunistischen Staaten überließ, und es beweist, daß die westliche Öffentlichkeit, und zwar sowohl die amtliche wie auch die journalistische, überhaupt noch nicht begriffen hat, was eine Entscheidung in der Kurdenfrage in diesem oder jenem Sinne für die freie Welt unter Umständen bedeuten kann. Auch diese Haltung des Westens vermerken die Kurden mit tiefer Enttäuschung, und gerade die westliche Interesselosigkeit könnte sie eines Tages

²⁴ Vgl. dazu auch den Bericht *Bagdads Feldzug gegen die Kurden*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. 6. 1963, sowie Ernst ASTAR-STERBERG a.a.G. (Fußnote 16).

zwangsläufig dem Kommunismus in die Arme treiben. Daß der Kommunismus aber aller Erfahrung zufolge eine dauerhaftere Macht darstellt als die fast jedes Jahr wechselnden Putschisten-Regimes der vorzeitig in den Rang von Staaten avancierten vorderasiatischen Araberstämme, dürfte doch unschwer zu erkennen sein. Man sollte meinen, daß wenigstens die Sorge um das irakische Öl die maßgeblichen Leute in den westlichen Metropolen zu alarmieren vermöchte; denn so reich ist die freie Welt an diesem kostbaren Stoff nicht, daß es ihr gleichgültig sein könnte, in wessen Hand sich die Ölquellen des nördlichen Iraks befinden.

Zur Kundgebung des deutschen Episkopats vom 28. März 1933

Ludwig Volk SJ

Zwei Tage nach der Bekanntgabe der Fuldaer Bischofserklärung¹, in der die allgemeinen Verbote und Warnungen vor der NSDAP zurückgenommen wurden, teilte eine unscheinbare Pressenotiz² mit, es handle sich dabei um eine Einheitskundgebung des gesamten deutschen Episkopats einschließlich der Freisinger Konferenz. Unberührt blieb dabei die Frage, ob die bayerischen Oberhirten die Fuldaer Vorlage einfach übernommen oder bei der brieflichen Beratung mitgewirkt hatten. Im Grund erschien das auch nebensächlich. Denn es war schwer vorstellbar, daß in einer wichtigen weltanschaulich-politischen Grundsatzentscheidung die beiden deutschen Bischofskollegien verschiedene Wege einschlagen könnten.

Den zentralistischen Strömungen des Weimarer Reiches sich bewußt entziehend, hatten die Konferenzen von Fulda und Freising der Versuchung zur Fusion widerstanden und sich mit einer lockeren Zusammenarbeit begnügt: Die beiden Konfe-

¹ Zur Vorgeschichte, Dokumentation und Interpretation der Kundgebung vgl. E.-W. BOCKENFÖRDE: *Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933*, in: *Hochland* 53 (1960/61) bes. 220; ders.: *Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933*, in: *Hochland* 54 (1961/62) bes. 229 ff.; BUCHHEIM: *Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933*, in: *Hochland* 53 (1960/61) bes. 510 ff.; P. MIKAT: *Zur Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz über die nationalsozialistische Bewegung vom 28. März 1933*, in: *Jahrbuch des Instituts für christliche Sozialwissenschaften*, Bd. III, Münster 1962, 209 ff.; H. MÜLLER: *Zur Vorgeschichte der Kundgebung vom 28. März 1933*, in: *Werkhefte* 15 (1961) 258 ff.; ders.: *Zur Interpretation der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933*, in: *Werkhefte* 16 (1962) 196 ff.; ders.: *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, München 1963 (im folgenden zitiert: MÜLLER mit Angabe der Dok. Nr.); K. SONTHEIMER: in der Einführung zum vorgenannten Werk, bes. XII ff.; H. SCHLÖMER: *Bischöfe und Nationalsozialismus*, in: *Deutsche Tagespost* Nr. 108–111, 113 v. 8.–20. Sep. 1961.

² *Bayrischer Kurier* Nr. 89 vom 30. März 1933.